

**Merkblatt über die Zuwendungsfähigkeit von Ausgaben
nach § 3 Abs. 1 EntflechtG bei Vorsorgemaßnahmen**

1. Begriffsbestimmung

- 1.1 Vorsorgemaßnahmen sind einzelne Bauleistungen, die aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen bereits vorsorglich im Zusammenhang mit einem anderen Bauvorhaben (Erstvorhaben) für ein später durchzuführendes Vorhaben (Zweitvorhaben) erbracht werden, das grundsätzlich nach dem EntflechtG förderfähig wäre.
- 1.2 Eine Vorsorgemaßnahme kann z. B. darin bestehen, dass beim Bau einer S-Bahn, einer Straße oder auch eines Kaufhauses (Erstvorhaben) zusätzlich ein Tunnel oder eine Brücke für einen später zu bauenden Verkehrsweg (Zweitvorhaben) errichtet wird.

2. Voraussetzungen für eine Förderung bei Durchführung des Zweitvorhabens

- 2.1 Die Ausgaben der Vorsorgemaßnahme werden zuwendungsfähig,
 - 2.1.1 wenn das Zweitvorhaben durchgeführt und nach § 3 Abs. 1 EntflechtG gefördert wird und
 - 2.1.2 soweit die Vorsorgemaßnahme für das Vorhaben verwendet wird.
- 2.2 Hat der Träger des Zweitvorhabens die Vorsorgemaßnahme selbst vorfinanziert, so ist für die spätere Zuwendungsfähigkeit der Ausgaben weiterhin erforderlich, dass der vorzeitige Baubeginn für unbedenklich erklärt worden war. Diese Erklärung soll nur dann abgegeben werden, wenn die spätere Ausführung der Vorsorgemaßnahme mit wesentlich höheren Ausgaben verbunden, technisch nicht oder nur schwer durchführbar wäre und außerdem sichergestellt erscheint, dass die Vorsorgemaßnahme später für das Zweitvorhaben verwendet wird.

3. Förderung im Zusammenhang mit dem Erstvorhaben

- 3.1 Die Ausgaben der Vorsorgemaßnahme einschließlich der Ausgaben des Grunderwerbs können ausnahmsweise bereits als Ausgaben des Erstvorhabens anerkannt und finanziert werden, wenn dieses selbst ein nach § 3 Abs. 1 EntflechtG gefördertes Vorhaben ist. Die Vorsorgemaßnahme muss in diesem Fall auf den unbedingt erforderlichen Umfang beschränkt werden.
- 3.2 Wird das Zweitvorhaben, für das die Vorsorgemaßnahme getroffen wurde, später nicht durchgeführt, so hat die Bewilligungsbehörde entsprechend den haushaltsrechtlichen Vorschriften zu prüfen, ob und in welchem Umfang die Zuwendungen vom Träger des Erstvorhabens zurückzufordern sind.

4. Ausgabenabgrenzung

Als Ausgaben der Vorsorgemaßnahmen sind, soweit sich nicht aus kreuzungsrechtlichen Regelungen etwas anderes ergibt, die durch sie tatsächlich entstandenen Mehrausgaben anzusetzen. In besonders gelagerten Fällen ist eine andere Ausgabenabgrenzung möglich.